KROATIEN

„Vorbild Deutschland“

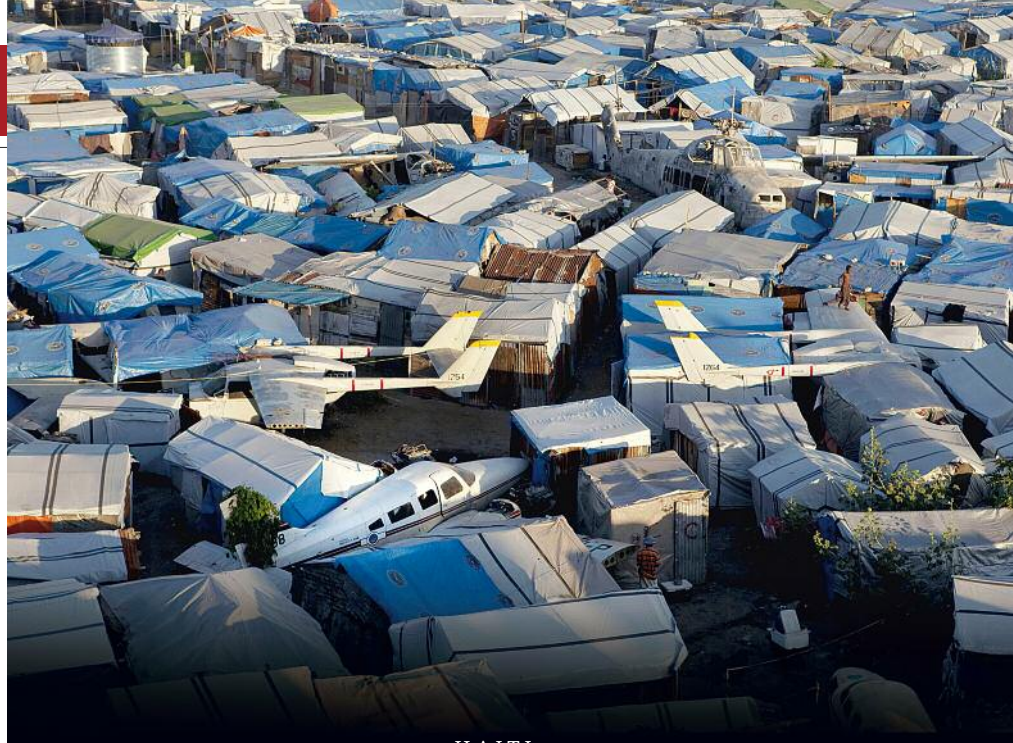
Premierminister Zoran Milanović, 45, über den geplanten EU-Beitritt seines Landes im Juli 2013 und das europäische Krisenmanagement

SPIEGEL: Die Europäische Union steckt derzeit in der tiefsten Krise seit ihrem Bestehen. Warum wollen Sie ihr eigentlich noch beitreten?
Milanović: Weil ich glaube, es ist einfach besser, zum Club dazuzugehören, als allein dazustehen – auch wenn der Club im Moment Probleme hat. Der Beitritt ist für Kroatien wie eine Abschlussprüfung, wie ein Master of Business Administration. Wenn du den hast, kannst du nicht so leicht übergangen werden.
SPIEGEL: Londons Bürgermeister Boris Johnson hat Ihnen vor kurzem empfohlen, auf jeden Fall auf den Euro zu verzichten. Ein guter Rat?
Milanović: Ich kann nicht sagen, ob wir den Euro in zehn Jahren einführen werden oder nicht. Wir werden aber darauf hinarbeiten. Allerdings, wenn wir jetzt ein Referendum zu dieser

AFP

Premier Milanović

Frage abhalten würden, wäre ich nicht sicher, dass wir die Zustimmung der Kroaten dafür bekämen.
SPIEGEL: Liegt das am Krisenmanagement der vergangenen Monate?
Milanović: Ich finde, dass die Europäische Zentralbank durchaus gute Arbeit leistet. Sie drückt die Zinslast und generiert alles in allem Wachstum. Außerdem darf man eines nicht vergessen: Die EU hat in den letzten fünf Jahrzehnten Europa, von Spanien bis Finnland, zusammenwachsen lassen. Das ist eine große Leistung.
SPIEGEL: Diese Woche treffen Sie Kanzlerin Angela Merkel, eine Frau, die die meisten Europäer fürchten.
Milanović: Wir haben keine Angst vor der Kanzlerin. Im Gegenteil, Deutschland ist ein Vorbild für uns: die deutsche Rationalität, der Fleiß und sogar die deutsche Sparsamkeit.


JONATHAN TORGOVNIK / GETTY IMAGES

HAITI

Zeltstadt auf der Piste

Bis heute liegen in den Straßen von Port-au-Prince die Trümmer der Häuser, die bei dem verheerenden Erdbeben 2010 zerstört worden waren. 1,5 Millionen Haitianer wurden damals obdachlos, um die 400 000 sind es immer noch. Etwa 50 000 von ihnen wohnen in der Zeltstadt „La Piste“ – zwischen Hubschraubern und Flugzeugen auf dem Gelände eines ehemaligen Militärflughafens.

PALÄSTINA

Ende der Ruhe

In Nablus warfen Demonstranten Steine auf Polizeistationen, in Ramallah blockierten sie Straßen mit brennenden Reifen, und in Hebron streikten die Taxifahrer. Doch nicht gegen Israel richtete sich der Protest, sondern gegen die palästinensische Führung, vor allem gegen Premier Salam Fajad. Anlass war die Erhöhung von Mehrwertsteuer und Benzinpreisen. Dabei kann Fajad nichts für die gestiegenen Preise: Entsprechend einem Extraprotokoll der Osloer Verträge müssen die Palästinenser ihre Importzölle und die Mehrwertsteuer an Israel anpassen. Deshalb sind Benzin und Brot in Ramallah fast genauso teuer wie in Tel Aviv – bei geringeren Gehältern. Premier Fajad ist sowohl bei Fatah wie bei Hamas unbeliebt. Dabei hat er das Leben der Palästinenser verbessert, indem er Korruption bekämpfte, Straßen und Schulen baute. Der daraus resultierende Wirtschaftsboom sorgte viele Jahre für Ruhe. Doch jetzt, bei sinkendem Wachstum und einer Jugendarbeitslosigkeit von fast 30 Prozent, nimmt die Wut über die politische Stagnation zu. Um die Lage zu beruhigen, hat Fajad die Erhöhungen zwar rückgängig gemacht und will nun die Zollunion aufkündigen. Trotzdem: Die Legitimität der Autonomiebehörde ist angekratzt, das Westjordanland instabiler als zuvor – zumal Israel den Palästinensern keine politische Perspektive bietet. Die Proteste könnten daher ein Vorbote für kommende Erschütterungen sein, befürchtet ein hochrangiger israelischer Kommandeur: „Noch ist das ein innerpalästinensisches Thema, aber bald könnte es sich gegen Israel richten.“

HAZEM BADER / AFP

Protestierende Jugendliche in Hebron